

STÄNDIGE KOMMISSION FÜR STRACHENKONTROLLE

GEMEINSAME SITZUNG BEIDER SEKTIONEN

Den 18. Juni 1987.

Nr. 19.010/II/PD
AR/MD

ANWESEND: Herr FLEERACKERS, Vorsitzender,

Französische Sektion: Herr PLUNUS, stellvertret. Vorsitzender,
die Herren JACOBS, BERTOUILLE, Vollmitglieder
Frau HENRION-GIELE, Ersatzmitglied;Niederländische Sektion: Herr VAN LEUVEN, stellvertret. Vorsitzender,
die Herren DECLECK und VAN LERBERGHE,
Vollmitglieder,
Herr CROISIAU, Ersatzmitglied.

Mitglied zur Vertretung der deutschsprachigen Region:

Herr WEHR.

Sekretäre: Frau VANDERMEIREN, Verwaltungsdirektorin,
Herr PIESENS, Berater.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle,

aufgrund der Klage vom 22. Januar 1987 gegen die Interkommunale Elektrizitätsgesellschaft für die Ostregionen, abgekürzt INTEREST, wegen der Zustellung eines deutsch und französisch abgefaßten Mahnschreibens einem in EUPEN wohnhaften Kunden, eines Mahnschreibens, dem ein ebenfalls zweisprachig vorgefertigter Überweisungsvordruck beilag;

aufgrund der Artikel 60 §1 und 61 §§3, 4 und 5 des Königlichen Erlasses vom 18. Juli 1966 zur Koordinierung der Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten;

in Erwägung der Tatsache, daß die interkommunale Gesellschaft INTEREST auf der Grundlage des Gesetzes vom 1. März 1922 über die gemeinnützige Gemeindeverbände eingerichtet wurde; daß solche Gesellschaften öffentliche Dienststellen darstellen, und mithin auch, ~~was die Anwendung der~~ Sprachengesetze anbelangt, den Bestimmungen des Artikels 1 §1 Ziffer 1 der KSG unterliegen; daß dieser Tatbestand bei den Vorbereitungen des Gesetzes vom 2.8.1963 (siehe Saint-Remy-Bericht - Parl.Dok. Nr. 331 (1961-62), Nr.27, wo ausdrücklich steht, daß "das neue Gesetz, genau wie das Gesetz aus dem Jahre 1932, auf alle öffentlichen Verwaltungen im weitesten Sinne wie auch auf alle Verwaltungsakte, die von ihnen stammen, Anwendung finden soll" (S.4) und „daß unter dezentralisierte Dienste auch die interkommunale Gesellschaften zu nennen sei, die den Staat, die Provinzen, die Gemeinden und selbst Privatgesellschaften oder einzelne Gemeinden genannt werden sollen." (S.6):

in Erwägung des in EUPEN angesiedelten Sitzes von INTEREST und des sich auf die vier, im deutschsprachigen Gebiet befindlichen Gemeinde EUPEN, KELMIS, RAEREN und LONTZEN sowie auf die im französischsprachigen Gebiet befindliche Gemeinde PLOMBLIERE erstreckenden Zuständigkeitsbereiches, wodurch diese Gesellschaft einen regionalen Dienst im Sinne des Artikels 36 §2 der KSG darstellt;

in Erwägung der Tatsache, daß die Gesellschaft INTEREST der Elektrizitätsgesellschaft EUPEN und UNGEBUNG - abgekürzt EGEU - "die Geschäftsführung ihres Stromversorgungsunternehmens auf dem Territorium der Gemeinde, die sich ihr angeschlossen haben" übertragen hat (Geschäftsführungsvertrag vom 30.3.1987);

daß die EGEU, als juristische Person Konzessionsträgerin eines öffentlichen Stromversorgungsdienstes, als einen Dienst im Sinne des Artikels 1 §1 Ziffer 2 sowie §2 der KSG innerhalb der im Konzessionsvertrag verankerten Einschränkungen angesehen werden muß; daß es sich um einen regionalen Dienst im Sinne des Artikels 36 §2 der KSG handelt, denn sein Sitz befindet sich in EUPEN und seine Aktivitäten sich auf den Zuständigkeitsbezirk der Interkommunalen INTEREST erstreckt;

in Erwägung der Tatsache, daß das in der Klage bemängelte Dokument eine individuelle Mitteilung darstellt und daher als eine Unterlage zur Beziehung dieses Dienstes zu einer Einzelperson anzusehen ist: daß der Überweisungsdruck einen Anhang zu besagter Mitteilung darstellt und mithin zu deren Bestandteil gehört;

in Erwägung der Tatsache, daß, da der König noch nicht von der in Artikel 36 §2 vorgesehene Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, die SKSK der Meinung war, daß die Sprachregelung bei Regionaldiensten dieser Art auf der Grundlage des allgemeinen Grundgedankens der SKSK und der in Artikel 36 §1 genannten Prinzipien bestimmt werden sollte: (Gutachten der SKSK Nr.2313 vom 8.1.1970);

daß die EGEU in ihren Beziehungen zu einer Einzelperson die Sprache gebrauchen soll, die hinsichtlich der örtlichen Dienste der Gemeinde, in der der Betreffende wohnhaft ist, vorgeschrieben ist (Artikel 34 §1, auf den der Artikel 36 §1 letzter Abs. verweist);

daß die EGEU daher gehalten wird, in Anwendung des Artikels 12 der KSG gegenüber einer in der Gemeinde EUPEN wohnhaften Einzelperson einzig und alleine die deutsche Sprache zu gebrauchen, vorbehaltlich des Falles, wo diese Einzelperson sich der französischen Sprache bedient hätte, dann soll ihm in dieser Sprache geantwortet werden;

in Erwägung der Tatsache, daß aus allen diesen Bestimmungen zu schließen sei, daß die eine oder die andere Sprache in Betracht komme, daß die Verwendung zweisprachiger Unterlagen in dieser Art von Beziehungen dem Gesetze widerspricht (Gutachten der SKSK Nr.11.110 vom 2.10.1980);

beschließt einschließlich, folgende Meinung zu äußern:

Artikel 1: Die Klage ist zulässig und begründet. Die Unterlagen, die die EGEU einer Einzelperson zustellt, die in der Gemeinde EUPEN wohnt und den Gebrauch der französischen Sprache nicht begehrt hat, müssen einzig und alleine in deutscher Sprache abgefaßt werden;

Artikel 2: Falls der Gebrauch der französischen Sprache begehrt wird, müssen die Unterlagen einzig und alleine in dieser Sprache abgefaßt sein.

Artikel 3: Dieses Gutachten wird der EGEU, der Interkommunale INTEREST sowie der klagenden Partei notifiziert.

Artikel 4: Die Kommission ersucht die interkommunale Gesellschaft INTEREST, sie von den Maßnahmen in Kenntnis zu setzen, die sie dem Konzessionsunternehmens treffen zu lassen vorhat, damit diese sich dem Gesetz entsprechend verhält.

Getan zu Brüssel, den 18 Juni 1987,

DIE SEKRETÄRE,

DER VORSITZENDE,

S. VANDERMEIREN.

R. PIESSENS

J. FLEERACKERS.